

# Newsletter aus Brüssel

02.5.2016, Ausgabe 15

IG Metall Verbindungsbüro



## Inhalt

- EMIS: Erste Expertenbefragungen
- Abgas-Grenzwerte: Debatte über EU-Neuregulierung im Europaparlament
- Industrie 4.0 auf Europäisch: EU-Kommission legt neue Digitalisierungs-Strategie vor
- Das Europäische Gespräch 2016: "Europa kann es besser"

---

## EMIS: Erste Expertenbefragungen

**Im Untersuchungsausschuss des EU-Parlaments zu Emissionsmessungen in der Autoindustrie – EMIS – fanden am 19. sowie am 28. April 2016 die ersten öffentlichen Anhörungen von Experten statt.**

Bei der ersten Sitzung einer Reihe von Expertenbefragungen im EMIS, am 19. April 2016, wurde zunächst eine Vertreterin der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU-Kommission (JRC) um Aufklärung darüber gebeten, warum auf Anzeichen von Unregelmäßigkeiten bei Emissionsmessungen nicht früher und vor allem nicht mit mehr Nachdruck reagiert worden war. Die Antwort der Expertin, die JRC habe kein Mandat zur Aufdeckung von Misständen sondern nur zur Verbesserung der Testverfahren, stellte die Abgeordneten allerdings nicht zufrieden. Der anschließend befragte Vertreter des Internationalen Rates für sauberen Verkehr (ICCT), deren Forschungsarbeiten maßgeblich zur Aufdeckung von Betrugssoftware in den USA beigetragen hatten, betonte, er habe grundsätzlich nichts gegen Dieselfahrzeuge – solange diese sauber seien. Dass eine saubere Dieselsechnologie in Zukunft möglich sei, auch bei höheren Grenzwerten, davon sei er überzeugt. In der darauffolgenden Sitzung, am 28. April 2016, erläuterte ein Experte vom europäischen Verband der Katalysatorhersteller (AECC) die verschiedenen Möglichkeiten und Anwendungsbereiche der Partikelfilter-Technologien. Anschließend klärte ein Wissenschaftler vom Heidelberger Institut für Energie- und Umweltforschung (IFEU) über den Unterschied zwischen Grenzwerten und den im tatsächlichen Fahrbetrieb gemessenen Emissionen auf.

Beide Sitzungen des Untersuchungsausschusses machten deutlich, dass letztlich nicht einzelne Automobilhersteller im Mittelpunkt der Aufklärungsarbeit des EMIS stehen sondern die mutmaßlichen Versäumnisse der EU-Kommission sowie der Mitgliedstaaten und ihrer nationalen Behörden in Hinblick auf die Durchsetzung des EU-Rechts.

- [Weitere Informationen zum EMIS](#)
-

## Abgas-Grenzwerte: Debatte über EU-Neuregulierung im Europaparlament

Am 19. April 2016 fand im EU-Parlament eine öffentliche Befragung von Experten zum Thema Reduzierung von Abgasen im Straßenverkehr statt. Auf dem Podium vertreten war auch die IG Metall.

Im Rahmen einer parlamentarischen Anhörung diskutierten Vertreter aus Politik, Industrie, Gewerkschaft und Wissenschaft über Lösungsansätze und umfassende Konzepte zur Reduzierung von KfZ-Emissionen. Eingeladen hatte der Londoner Europaabgeordnete Seb Dance (S&D). Für die IG Metall sprach Frank Iwer, Leiter der Strategischen und Politischen Planung beim IG Metall Vorstand. Er betonte die Notwendigkeit von klaren und wirksamen EU-Vorgaben sowohl für die Abgasreduzierung als auch für transparente und verlässliche Test- und Prüfverfahren. Dies sei nicht zuletzt auch im Sinne der Unternehmen, die dadurch eine höhere Planungssicherheit gewinnen und besser in Technologien und Arbeitskräfte investieren könnten. EU-Vorgaben zur Senkung von Abgaswerten sollten sich an der technischen Machbarkeit orientieren und eine Folgenabschätzung der Auswirkungen auf die Industrie und ihrer Arbeitsplätze voranstellen. Mit 2,2 Millionen direkten und 10,7 Millionen indirekten Arbeitsplätzen gehört der Automobilsektor zum Kernbereich der europäischen Industrie. EU-Regelungen in diesem Bereich sollten deshalb eine gute Balance schaffen zwischen strengen Klimaschutz-Maßnahmen auf der einen und dem Erhalt einer innovativen Branche auf der anderen Seite.

---

## Industrie 4.0 auf Europäisch: EU-Kommission legt neue Digitalisierungs-Strategie vor

Die EU-Kommission legte am 19. April 2016 ihre Vorschläge für neue Initiativen der europäischen Strategie für den digitalen Binnenmarkt vor. Im Zentrum steht die Digitalisierung der europäischen Industrie.

"Die industrielle Revolution unserer Zeit ist digital", so Andrus Ansip, EU-Kommissions-Vizepräsident, anlässlich der Vorstellung eines neuen Strategie-Pakets zur Digitalisierung. Technologien wie Cloud-Computing und das Internet der Dinge (z.B. vernetzte und autonome Fahrzeuge) müssten in ihrem Potenzial für den Europäischen Binnenmarkt voll ausgeschöpft und der digitale Wandel der Industrie vorangebracht werden. Die Kommission schlägt u.a. vor, bereits bestehende nationale Digitalisierungs-Initiativen (wie "Industrie 4.0" in Deutschland) zu unterstützen und miteinander zu verknüpfen sowie die Entwicklung gemeinsamer Standards zu beschleunigen, etwa bei den 5G-Kommunikationsnetzen. Außerdem sollen 500 Millionen Euro investiert werden zugunsten eines EU-weiten Netzwerkes aus Technologie-Exzellenzzentren ("Digital Innovation Hubs"), in denen Unternehmen digitale Innovationen testen und sich informieren können. Als weitere großangelegte Maßnahme schlägt die Kommission eine europäische Cloud vor, ein gemeinsames Speicherzentrum, in dem sämtliche Forschungsdaten der EU verwaltet, ausgewertet und wiederverwendet werden können. Zunächst sollen nur Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen Zugriff auf die Daten haben, nach der Entwicklungsphase aber auch alle Unternehmen und öffentlichen Dienste innerhalb der EU. Diese Initiative soll dazu beitragen, dass Europa in der datengesteuerten Wirtschaft eine globale

Führungsrolle übernimmt.

Im Zuge der Digitalisierung wird sich die Arbeitswelt stark verändern. Laut Kommission verfügen aber derzeit rund 40% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa über unzureichende digitale Kompetenzen. Die Kommission will daher eine Agenda für die berufliche digitale Qualifizierung vorlegen. Die IG Metall hält dies für einen Schritt in die richtige Richtung. Berufe der Zukunft erfordern Kompetenzen, die den rasanten Entwicklungen der Technik und Arbeitsorganisation Rechnung tragen. Bildung auf allen Qualifikationsebenen wird vor diesem Hintergrund der Schlüssel dafür sein, dass die Beschäftigten nicht Verlierer sondern Mitgestalter der Digitalisierung sind.

- [Pressemitteilung der Kommission und Links zu den Dokumenten](#)
- [Interview mit Christiane Benner zur Digitalisierung](#)

---

## Das Europäische Gespräch 2016: "Europa kann es besser"

**Am 14. und 15. April 2016 luden die Hans Böckler Stiftung und das Europäische Gewerkschaftsinstitut zum alljährlichen "Europäischen Gespräch" nach Brüssel. Unter dem Motto "Europa kann es besser" ging es um Auswege aus der Krise und ein Europa der Investitionen, Mitbestimmung und der guten Arbeit.**

Fast ein Jahrzehnt hat Europa gebraucht, um sich von der Finanz- und Eurokrise zu erholen – viele Länder befinden sich nach wie vor in einer tiefen wirtschaftlichen Depression. Der Wirtschafts-nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz sprach zum Auftakt des "Europäischen Gesprächs" von notwendigen Reformen der Eurozone. Die Sparpolitik der EU, Privatisierung, Flexibilisierung und Lohnsenkung hätten die Situation in den sogenannten Krisenländern nicht verbessert sondern sogar verschlechtert. Die pro-Kopf-Produktivität der arbeitenden Bevölkerung sei in den meisten EU-Ländern sogar niedriger als vor der Krise. Stiglitz sprach sich daher gegen den Austeritäts- und Deregulierungskurs der EU aus. Es müsse vielmehr im Sinne einer expansiven Fiskalpolitik mehr öffentliche Investitionen geben, vor allem in die Jugend Europas. Zudem sollte es einheitliche Regeln und Regulierungen im Finanzsektor geben. In Ländern mit großen wirtschaftlichen Ungleichheiten müsse es Lohnerhöhungen geben, um den Trend von prekärer Arbeit und Erwerbsarmut ("Working Poor") zu beenden.

Im Anschluss an Stiglitz' Impulsreferat diskutierten die rund 500 Gäste der Tagung mit Expertinnen und Experten aus Gewerkschaft, Politik und Wissenschaft in verschiedenen Workshops über die wachsende wirtschaftliche Ungleichheit in Europa und deren soziale und politischen Folgen. Auf dem Abschlusspodium stellte sich der Vorsitzende des DGB, Reiner Hoffmann, den kritischen Fragen von Stipendiaten der Hans Böckler Stiftung. In der Debatte ging es vor allem um die Rolle der Gewerkschaften in der momentanen Krisensituation. Hoffmann betonte, die Gewerkschaften dürften sich nicht von nationalistischen und populistischen Stimmungen anstecken lassen und müssten weiter offensiv für ein besseres Europa und eine andere EU-Politik kämpfen. Den momentanen positiven Trend der EU-Kommission hin zu einer stärkeren Ausrichtung an sozialen Fragen (Stichwort: "Europäische Säule sozialer Rechte") sollten die Gewerkschaften gezielt aufgreifen und nutzen, um eine andere Politik einzufordern.

- [Dokumentation des "Europäischen Gesprächs 2016"](#)
-

Herausgeber: IG Metall Vorstand  
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb  
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*  
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels  
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: [newsletter-bruessel@igmetall.de](mailto:newsletter-bruessel@igmetall.de)



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand